

Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e. V.

## Konjunkturpaket gibt wichtige Impulse, vernachlässigt aber Stärkung der Zentren

*Runder Tisch Klimaschutz lobt verbesserte Rahmenbedingungen  
für energetische Sanierung*

Von Michael Groschek, Staatsminister a. D., Präsident des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e. V.

Die Bundesregierung gibt mit dem Konjunkturpaket den richtigen Kurs vor: Es setzt Impulse für das Wiederstärken der Wirtschaft und verspricht Fortschritte bei Klimaschutz und Digitalisierung. Die Handlungsfähigkeit der Kommunen wird unter anderem durch die Entlastung bei den Kosten der Unterkunft und eine Kompensation für Gewerbesteuerausfälle gestärkt. Auch der Klimaschutz im Gebäudebereich kommt angesichts der zahlreichen Investitionsförderungen nicht zu kurz. Zudem erhalten zukunftsweisende Lösungen für eine sektorübergreifende Energieversorgung aus Erneuerbaren deutlich mehr Forschungs- und Entwicklungsförderung und die Wasserstoffstrategie wird vorangetrieben. Was allerdings im Paket fehlt, sind deutliche Akzente für die Stärkung der Innenstädte und Quartierszentren. Die Städtebauförderung wäre dafür ein bewährtes Instrument, das auch eine bessere Bündelung der sektoralen Fördermilliarden ermöglichen würde.

Konjunkturliften © naitanan23, pixabay.com

### IN DIESER AUSGABE

<b>Corona-Krise: Nachhaltigkeitsziele nicht leichtfertig verspielen</b>	Seite 4
<b>Neue Wege für ländliche Räume</b>	Seite 5
<b>Instrumente der Baulandbereitstellung und Bodenpolitik von Kommunen und Ländern</b>	Seite 6
<b>Klimaschutz ohne soziale Verwerfungen</b>	Seite 7

### Wichtige Impulse für energetische Quartierssanierung und Digitalisierung

Zu begrüßen ist, dass der Bund die Mittel für die energetische Gebäudesanierung um eine Milliarde Euro pro Jahr aufstockt. Mit Blick auf die jährliche Finanzierungslücke in zweistelliger Milliardenhöhe muss aber klar sein, dass hier lediglich ein Zwischenspur auf dem weiten Weg zum klimaneutralen Gebäudebestand 2050 beginnt. Auch die Ausweitung der

Förderung für Modellvorhaben ist elementar, um dezentrale grüne Versorgungslösungen und Sektorkopplung unter Nutzung von „Power to X“ zur Marktreife zu bringen. Wir brauchen aber zusätzlich eine bessere Breitenförderung für mehr klimafreundliche Quartiersversorgungslösungen. Hier zeigt der weitere Ausbau der E-Ladesäuleninfrastruktur in die richtige Richtung.

### Digitale Kompetenzen nicht vergessen

Das Konjunkturpaket hat die Förderung für Smart-City-Projekte verdoppelt, es sichert den Ausbau der Digitalinfrastruktur einschließlich 5G-Netz zu und beschleunigt kommunale Digitalisierungsvorhaben. All dies kommt einer digitalen Stadtentwicklung zu Gute. Es muss jedoch auch in die Digitalisierung und damit in die Beschleunigung kommunaler Planungs- und Genehmigungsprozesse investiert werden. Nicht zuletzt sollten digitale Kompetenzen der städtischen Mitarbeiter in der Breite bei aller „Leuchtturmförderung“ nicht hintanstellen.

### Gestaltungspotentiale der Städtebauförderung ignoriert

Enttäuschend sind die Maßnahmen zur Stärkung unserer Innenstädte, Stadtteil- und Quartierszentren. Zwar leisten Überbrückungshilfen für Kultur und Gewerbe „Erste Hilfe“ und die Mehrwertsteuersenkung kann die derzeitige Konsumbremse hoffentlich etwas lösen. Wir werden in unseren Kommunen aber nicht um erhebliche städtebauliche Anstrengungen herumkommen, um mit dem Handels- und Gastronomiesterben und dem damit einhergehenden Leerstand fertig zu werden. Für krisenfeste Zentren, aber auch für Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel, wäre eine erhöhte Städtebauförderung der richtige und bewährte Hebel gewesen, um in unseren Zentren lebendige und auch nachhaltige Nutzungsmischungen zu gestalten. Der wegbrechende tradierte Handel kann nur durch eine kreative Mischung aus innerstädtischem Wohnen, regionalen und ökologischen Produkten, Co-Working, soziokulturellen Angeboten, neuem Handwerk, Kultur- und Kreativwirtschaft kompensiert werden.

Genauso wichtig wie die bereitgestellten Konjunkturmittel sind möglichst unbürokratische Verfahren, die eine schnelle Umsetzung gewährleisten. Beim Vergaberecht und bei der Beschleunigung von Planungsprozessen gibt es hier erste positive Ansätze. Zentral ist es zudem, dass das EU-

Beihilferecht die Konjunkturhilfen nicht einschränkt. Für eine optimale Wirkung in den Kommunen darf schließlich kein unübersichtlicher Flickenteppich an Sonderprogrammen entstehen. Vielmehr sollten bewährte Förderstrukturen von Bund und Ländern genutzt und die Förderung in Quartieren gebündelt werden. Auch hier kann auf die bewährten Verfahren der Städtebauförderung aufgesetzt werden.

### ANSPRECHPARTNER

Christian Huttenloher | c.huttenloher@deutscher-verband.org

### INFORMATION

#### Runder Tisch fordert sektorenübergreifende Lösungen

Auch bei der ersten Sitzung des Runden Tisches „Nachhaltiger Klimaschutz im Gebäudebestand“ am 16. Juni 2020 in Berlin lobten die Teilnehmer\*innen die verbesserten Rahmenbedingungen, die das Konjunkturpaket für die energetische Sanierung bietet:

„Wir müssen bis 2050 treibhausgasneutral werden. Der Gebäudebestand hat dabei einen wichtigen Part. Um diese Potenziale zu heben, ist es an der Zeit, über einzelne Gebäude hinaus die Quartiere als Ganzes in den Blick zu nehmen und auf diese Weise Synergien zu schaffen. Ich bin sicher, dass der Runde Tisch hierzu konkrete und fundierte Handlungsempfehlungen vorlegen wird“, sagte Florian Pronold, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesumweltministerium (BMU), zu Beginn der Sitzung.

Werner Spec, ehemaliger Oberbürgermeister der Stadt Ludwigsburg und Vorsitzender des Runden Tisches, machte deutlich: „Wir brauchen technologieoffene und sektorenübergreifende Lösungen, die ein integriertes Handeln auf Quartiersebene verfolgen. So lassen sich die Klimaschutzziele wirtschaftlich bei bezahlbaren Mieten und unter Wahrung unserer Baukultur erreichen. Ebenso wichtig wie die Breitenförderung für direkt umsetzbare Maßnahmen ist die Weiterentwicklung innovativer Technologien der Sektorenkopplung.“

Am Runden Tisch, der vom BMU gefördert wird, diskutieren Schlüsselakteure aus Wohnungs- und Energiewirtschaft, Mieterschutz, Umweltverbänden, Beratung, Wissenschaft und Kommunen über die Chancen integrierter Quartiersansätze für energieeffiziente Gebäudesanierung und nachhaltige Energieversorgung. Der DV übernimmt die Organisation, das Institut Wohnen und Umwelt (IWU) die fachliche Begleitung.

Weitere Informationen finden Sie auf

[www.deutscher-verband.org](http://www.deutscher-verband.org) unter Aktivitäten / Projekte / Runder Tisch Klimaschutz.



## Europäische Konferenz „Fit for Future“ findet als Online-Dreiteiler statt

Unsere Konferenz „Europe’s Cities Fit for Future“ zur Zukunft der Städte und Regionen in Europa, die anlässlich der deutschen EU-Ratspräsidentschaft für Mai geplant war, wird nun Corona-bedingt als Dreiteiler am 3., 9. und 18. September 2020 online über das Videokonferenz-Tool WebEx stattfinden. Die einzelnen Sitzungen sind jeweils zwei Stunden lang. Der Auftakt beschäftigt sich mit den Prinzipien der Neuen Leipzig-Charta und wie Städte diese anwenden können. Am 9. September stehen gute städtische Beispiele aus ganz Europa für grüne, soziale und wirtschaftlich produktive Städte im Vordergrund. Der politische Abschluss am 18. September beschäftigt sich damit, wie die EU-Politik Städte und Regionen künftig noch mehr stärken und zu ihrer Handlungsfähigkeit beitragen kann. Die Veranstaltungen werden vom Bundesinnenministerium aus Mitteln der Nationalen Stadtentwicklungspolitik gefördert. Weitere Informationen finden Sie unter „Termine“ auf [www.deutscher-verband.org](http://www.deutscher-verband.org).

## Mehrjähriger Finanzrahmen der EU: 1,85 Billionen Euro für Wiederaufbau

Die EU-Kommission hat am 27. Mai 2020 einen geänderten Vorschlag des neuen mehrjährigen Finanzrahmens für die Jahre 2021 bis 2027 veröffentlicht. Dieser liegt mit 1,1 Billionen Euro knapp 34 Milliarden unter dem ursprünglichen Vorschlag von Mai 2018. Gleichzeitig schlug die Kommission einen 750 Milliarden umfassenden Posten unter dem Titel „Next Generation EU“ vor.

Sie machte deutlich, dass neben Maßnahmen zur Bewältigung der Folgen des Corona-Lockdowns Schlüsselbereiche des Green Deal unterstützt werden sollen, um den Übergang zu einer digitalen und nachhaltigen Wirtschaft und Gesellschaft zu erleichtern. Die nachhaltige Stadtentwicklung profitiert jedoch nicht. Eine neue Notstandsklausel soll es sogar ermöglichen, die mit sechs Prozent versehene Quotierung in bestimmten Krisensituationen zu reduzieren. Dem Kommissionsvorschlag müssen nun Rat und Parlament zustimmen.

## EU-Förderung: Städtische Dimension in der Partnerschaftvereinbarung verankern

Gemeinsam mit der Fachkommission Städtebau positionierte sich das URBAN-Netzwerk des DV zur Verankerung städtischer Dimension der EU-Strukturfonds in der zukünftigen Partnerschaftvereinbarung. Die Forderung: Bestehende nationale Instrumente – etwa integrierte Stadtentwicklungs- bzw. Regionalentwicklungskonzepte und integrierte Handlungskonzepte – als strategische Grundlage nutzen zu dürfen, mit denen die Städte den Förderkriterien gerecht werden können. Die Partnerschaftvereinbarung legt als verbindliches Rahmendokument die Förderlinien der EU-Strukturfonds fest. Die federführende Verantwortung gegenüber der EU-Kommission trägt in Deutschland das Bundeswirtschaftsministerium.

# Corona-Krise: Nachhaltigkeitsziele nicht leichtfertig verspielen

## Neue Leipzig-Charta gibt bereits richtige Antworten

Fridays-for-Future-Demos, Hitzesommer, der Umgang mit Geflüchteten, innerstädtische Fahrverbote, explodierende Mieten und Bodenpreise beherrschten bis vor Kurzem die Stadtentwicklungsdebatte. Auch der europaweite Dialogprozess zur Vorbereitung einer Neuen Leipzig-Charta, die das Bundesinnenministerium für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2020 erarbeitet, war von diesen Themen bestimmt. Mit der Corona-Pandemie haben sich die Vorzeichen jetzt aber quasi über Nacht verändert. Müssen wir angesichts dieser Umwälzung die Probleme, die „gestern“ noch dominierten, ad acta legen? Und wie steht es mit unseren bewährten Leitbildern der Stadtentwicklung? Wird das Primat der Dichte und Kompaktheit künftig einer gesundheitsfördernden Entflechtung im Sinne des Gartenstadtmodells weichen? Brauchen wir gar eine Leipzig-Charta mit komplett anderen Zielen und Prinzipien? Auch wenn die Resilienz von Städten mit Covid-19 einen weit höheren Stellenwert erhalten hat und die richtige Gestaltung städtischer Dichte gerade intensiv diskutiert wird, gibt die aktuelle Entwurfsversion der Leipzig-Charta darauf bereits jetzt die richtigen Antworten. Eine integrierte, gemeinwohlorientierte und partizipative Stadtentwicklung, die ökologische, soziale und wirtschaftliche Ziele ausgleicht und verknüpft, ist wichtiger denn je.

### Nachhaltige Städte sind resiliente Städte

Fest steht: Die Resilienz von Städten erlangt mit Covid-19 eine ganz neue Bedeutung. Dabei hängt die Krisenfestigkeit eng mit dem Dreieck der Nachhaltigkeit zusammen: Kommunen mit einer funktionierenden Wirtschaft, umwelt- und klimafreundlichen Lösungsansätzen sowie einer sozial gerechten Stadtgesellschaft sind nachweislich robuster. Weitere Indikatoren „starker“ Städte sind Daseinsvorsorge-Dienstleistungen im Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsbereich sowie digitale Infrastrukturen und Angebote. Auch ein gelungener Städte- und Siedlungsbau, eine „doppelte Innenentwicklung“ mit hochwertigen Grün- und Freiflächen, öffentlichen Plätze, die zum Verweilen einladen und funktionierende Nachbarschaften sind Resilienzfaktoren. Hinzu kommen Flexibilität und Anpassungsfähigkeit bei der Nutzung städtebaulichen Instrumente.

### Kommunen brauchen Unterstützung aus den EU-Strukturfonds

Covid-19 mag sich gerade weltweit ausbreiten – mit dem Virus umgehen müssen wir aber vor Ort. Diese „Handlungsfähigkeit“ unserer Städte ist allerdings vielerorts gefährdet: Es fehlte schon vor Corona in vielen Kommunen an Personal. Zudem wird der jetzt zu erwartenden Einbruch der Steuereinnahmen gewaltige Ausmaße annehmen. Die Städte und Gemeinden brauchen deshalb Unterstützung – durch nationale Programme und Transferzahlungen, aber vor allem durch europäische Gelder, etwa aus den EU-Strukturfonds. Deren Bedeutung für integrierte Stadt- und Quartiersentwicklungsstrategien ist heute wichtiger als je zuvor. Für den Umgang mit Krisen wie Covid-19 hilft darüber hinaus die europäische Zusammenarbeit und der Austausch zwischen Städten. Denn dies ermöglicht eine EU-weite Stärkung der kommunalen Kompetenzen. Vor allem die Partnerschaften der EU Urban Agenda und das Vernetzungsprogramm URBACT leisten in diesem Zusammenhang wertvolle Dienste.

### Neue Leipzig-Charta weist in die richtige Richtung

All dies zeigt: Die Ergebnisse, die bislang im europäischen und nationalen Dialogprozess zur Erarbeitung der Neuen Leipzig-Charta erreicht wurden, müssen keinesfalls umgeworfen werden: Sowohl das alte Dokument aus dem Jahr 2007 als auch die entstehende Neue Leipzig-Charta benennen mit dem integrierten, partizipativen und ortsbezogenen Ansatz grundlegende Prinzipien, die Städten helfen, resilient und anpassungsfähig zu werden. Ein Kernelement der neuen Charta ist zudem die erwähnte gestärkte Handlungsfähigkeit der Kommunen, um eine gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung zu gestalten. Gemeint sind damit insbesondere die Fähigkeit und die Ausstattung der Städte, Dienstleistungen und Infrastrukturen, Grund und Boden, den digitalen Wandel sowie eine nachhaltige Flächen- und Siedlungsentwicklung zum Wohle der Allgemeinheit zu steuern.

### ANSPRECHPARTNER

Jonas Scholze | [j.scholze@deutscher-verband.org](mailto:j.scholze@deutscher-verband.org)

Heike Mages | [h.mages@deutscher-verband.org](mailto:h.mages@deutscher-verband.org)

## Neue Wege für ländliche Räume

### Abschluss des Interreg-Projektes Peripheral Access

Wie kann der Anschluss an den öffentlichen Personennahverkehr in ländlichen und abgelegenen Regionen Mitteleuropas verbessert werden? Damit beschäftigte sich das Interreg-Projekt Peripheral Access in den vergangenen drei Jahren unter der Federführung des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung. Zum Abschluss des Projektes im Mai 2020 stellten die neun Partner aus Slowenien, Italien, Österreich, Polen, Tschechien, Ungarn und Deutschland nun die Ergebnisse ihrer lokalen Pilotmaßnahmen vor. Die Aktivitäten reichen von der Verbesserung bestehender Transportsysteme bis hin zu einer völligen Neuerschließung bisher nicht versorgter Gebiete. Unter den teilnehmenden Regionen sind dabei alle „peripheren“ Gebietskategorien vertreten: Grenzregionen, Stadt-Umland-Regionen und ländliche Gebiete.

#### Umsteigepunkt im Grazer Umland eingerichtet

Zu den Neuerungen, die die Regionen während der Projektlaufzeit etablierten, gehört unter anderem die Errichtung eines Umsteigepunkts zwischen verschiedenen Verkehrsmitteln („multimodaler Knoten“) im Umland der österreichischen Stadt Graz. Dabei übertrug das Regionalmanagement Steirischer Zentralraum das in Innenstadtlagen schon erfolgreich etablierte System „iim“, welches Carsharing von E-Fahrzeugen mit Parkmöglichkeiten, Taxiständen und Bikesharing kombiniert, auf eine Gemeinde im Grazer Randlage. Dort wurde es als „REGIOtim“ weiterentwickelt und den lokalen Gegebenheiten angepasst. Zusätzlich zur Ladestation installierte das Regionalmanagement Fahrradabstellplätze und Aufbewahrungsmöglichkeiten für Gepäck. Diese Maßnahmen sollen dazu beitragen, langfristig die Abhängigkeit vom eigenen Auto zu verringern. Der Knoten „REGIOtim“ bildet den Auftakt für eine Ausdehnung des Systems auf die ganze Region.

#### Vogtland: Mehr Passagiere für die Elstertal-Bahnstrecke gewinnen

Der Verkehrsverbund Vogtland hatte sich Rahmen von Peripheral Access zum Ziel gesetzt, die touristisch besonders attraktive Elstertal-Bahnstrecke, die von Thüringen über Sachsen bis in die tschechische Stadt Cheb verläuft, besser zu vermarkten und die Grundauslastung durch Freizeitver-

kehr zu erhöhen. Dafür hat der Verkehrsverbund ein dreisprachiges touristisches Leitsystem mit verschiedenen Informationsmöglichkeiten entwickeln lassen. Den Rahmen des Leitsystems bildet die Geschichte um den Riesen VOGLAR. Seine Fußabdrücke finden Reisende in Form von Fußbodenaufklebern an ausgewählten Bahnsteigen entlang der Strecke. Scannen Interessierte die auf den Fußabdrücken abgebildeten QR-Codes ein, erfahren sie mehr über touristische Attraktionen vor Ort. Das Angebot wird um eine „Augmented Reality“-App ergänzt, über die die Besucher in die imaginäre „Welt des Riesen VOGLAR“ eingeführt werden. Da das Leitsystem über eine zentrale Website organisiert ist und weitere Fußabdruck-Aufkleber mit QR-Codes kostengünstig und einfach platziert werden können, kann es bei Bedarf auf das gesamte Verkehrsnetz ausgedehnt werden.

#### Nach wie vor große Herausforderungen für Räume in Randlage

Diese Beispiele sind nur zwei der insgesamt sieben regionalen Pilotaktionen, die im Rahmen von Peripheral Access umgesetzt wurden. Sie alle machen deutlich, dass Mobilität im ländlichen Raum vor zwei grundlegenden Herausforderungen steht: Zum einen können städtische Lösungen durchaus auf das Umland übertragen werden, müssen dann aber sorgfältig an die dortigen Gegebenheiten angepasst werden. Zum anderen zeigen sie, dass für zahlreiche periphere Räume in Europa bis heute keine adäquaten Anbindungs-Lösungen gefunden oder umgesetzt wurden. Beiden Dimensionen widmete sich das Projekt in den letzten Jahren erfolgreich.

#### ANSPRECHPARTNER

Paul Vieweg | [p.vieweg@deutscher-verband.org](mailto:p.vieweg@deutscher-verband.org)  
Alexandra Beer | [a.beer@deutscher-verband.org](mailto:a.beer@deutscher-verband.org)



## Deutsch-Österreichisches URBAN-Netzwerk arbeitet online weiter

Das Deutsch-Österreichische URBAN-Netzwerk reagierte auf die derzeitigen Versammlungseinschränkungen und arbeitet online weiter. Bereits am 24. April 2020 erfolgte die erste digitale Sitzung des Netzwerkes. Schwerpunkt war ein erstes Fazit der interkommunalen Förderansätze durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) in Bayern. Als Beispiel präsentierte die Stadt Coburg ihr EFRE-gefördertes integriertes Handlungskonzept für die Revitalisierung des alten Güterbahnhofes. Die EU-Kommission erläuterte die neuen Fördermöglichkeiten durch die ad hoc zur Verfügung gestellten Fonds.

Dieses Thema soll auch im Zuge einer weiteren Online-Sitzung vertieft werden, die für den 3. Juli 2020 avisiert ist. Lokale Unternehmen und der Einzelhandel stehen aufgrund

des Corona-Lockdowns vor enormen Herausforderungen. Wie können mithilfe von EU-Förderung lokale kleinteilige Ökonomien unterstützt und die umfangreichen Fördergelder im KMU-Bereich auch für die Stadtentwicklung genutzt werden? Darum soll es in der Juli-Sitzung gehen. Zur Diskussion steht zudem die Notstandsklausel zur Einschränkung der Förderquote für die nachhaltige Stadtentwicklung im Krisenfall, die die EU-Kommission vorgeschlagen hat. Die nächste, hoffentlich wieder „physische“ Netzwerktagung, wird am 15. und 16. Oktober 2020 in Plauen stattfinden. Ein Schwerpunkt ist dann der klassische EU-geförderte Ansatz der Revitalisierung von Industriebrachen.

### ANSPRECHPARTNER

Jonas Scholze | [j.scholze@deutscher-verband.org](mailto:j.scholze@deutscher-verband.org)

## Instrumente der Baulandbereitstellung und Bodenpolitik

### Bundesweite Befragung von Ländern und Kommunen

Im Rahmen des ExWoSt-Forschungsvorhabens „Instrumente der Baulandbereitstellung und Bodenpolitik – Verbreitung und Anwendung bei Kommunen und Ländern“ führen das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) und der DV im Auftrag des Bundesinnenministeriums und des BBSR eine Kommunalbefragung sowie eine Ländererhebung durch. Der DV ist für die systematische Erhebung der Aktivitäten in den Bundesländern zuständig. Dabei soll herausgefunden werden, welche Unterstützungsangebote die Länder bereits anbieten bzw. welche geplant sind. Der DV bezieht dafür die 13 Flächenländer in seine Untersuchung ein. Parallel befragt das Difu die Kommunen bundesweit nach den liegenschafts- und bodenpolitischen Instrumenten, die sie derzeit nutzen. Das Vorhaben der beiden Institutionen knüpft an die Empfehlungen der Expertenkommission für „Nachhaltige Baulandmobilisierung und Bodenpolitik“ (Baulandkommission) an.

Ziel der Erhebungen ist es, dass sich die Umsetzung der Baulandkommissions-Empfehlungen künftig noch stärker am Bedarf ausrichtet. Dafür soll die Studie eine Erkenntnislücke schließen: Die Auswertungen werden speziell für die einzelnen Empfehlungen im Bereich Bodenpolitik aufbereitet und

in den Monitoring-Prozess der Kommission eingespeist. Die Ergebnisse des Forschungsvorhabens werden in einer Publikation veröffentlicht und im Rahmen eines abschließenden Werkstattgesprächs Vertreter\*innen der Kommunen und Länder vorgestellt.

### ANSPRECHPARTNERIN

Kathrin Senner | [k.senner@deutscher-verband.org](mailto:k.senner@deutscher-verband.org)



## Klimaschutz ohne soziale Verwerfungen

### Online-Veranstaltung von DV, Mieterbund und GdW im Rahmen der Berliner Energietage

Die Möglichkeiten und Grenzen der Förderkulisse beim Klimaschutz im Wohngebäudebereich standen am 9. Juni 2020 im Mittelpunkt der Online-Veranstaltung des Deutschen Mieterbundes (DMB), des DV und des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW im Rahmen der Berliner Energietage. Die Moderation übernahm der Generalsekretär des DV, Christian Huttenloher. Dr. Ron Lipka vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) stellte die aktuelle und die für 2021 geplante Förderkulisse vor. Er berichtete davon, wie das Bundeswirtschaftsministerium sich derzeit bei der EU-Kommission dafür einsetzt, dass die kommende Zuschussförderung nicht als Beihilfe gewertet wird. Anschließend stellte der Immobilienexperte Prof. Dr. Sven Bienert von der Universität Regensburg die Studie „Förderungslücke zur Erreichung der Klimaziele durch energetische Gebäudesanierung im Mietwohnungsbau“ vor. Diese geht davon aus, dass jährlich zwischen 6,1 und 14 Milliarden Euro an Zuschüssen nur für vermietete Wohnungen bereitgestellt werden müssen, wenn bis 2050 die Klimaziele warmmietenneutral erreicht werden sollen.

Vermieter und Mieter sind sich einig: Die Klimaziele stehen außer Frage. Dies machten Dr. Melanie Weber-Moritz

(DMB) und Dr. Ingrid Vogler (GdW) in ihren Statements deutlich. Sie dürfen aber nicht zu Lasten der Mieter erreicht werden. Wenn Mieter ihre Miete nicht mehr zahlen können, haben auch Vermieter ein Problem. Die Diskussion mit den Bundestagsabgeordneten Eckhardt Rehberg, haushaltspolitischer Sprecher der CDU, Oliver Krischer, stellvertretender Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen und Klaus Mindrup, Klimaschutzexperte der SPD, sowie Lukas Siebenkotten (DMB), Michael Groschek (DV) und Axel Gedaschko (GdW) zeigte: Die Finanzierungslücke ist auch aus Sicht von Gebäude-Selbstnutzern groß und die Standards zu strikt, sodass Förderung gar nicht oder selten in Anspruch genommen wird. Eine gerechte Kostenverteilung ist wichtig für die Bezahlbarkeit des Wohnens und den sozialen Frieden, ohne Investitionszulage aber wird die notwendige Warmmietenneutralität nicht erreicht. Dem Konjunkturpaket der Bundesregierung fehlt die dauerhafte Perspektive für den Klimaschutz. Das „Ressortdenken“ muss für eine integrierte Energiewende überwunden werden.

#### 👤 ANSPRECHPARTNER

Christian Huttenloher | [c.huttenloher@deutscher-verband.org](mailto:c.huttenloher@deutscher-verband.org)

## Effekte der Corona-Pandemie auf die Immobilienmärkte

Am 22. Juni 2020 erörterten in einem Webmeeting der AG Wohnungswesen Kommunen, Bauträger, Wohnungsunternehmen und Banken sowie Immobilienmarktexperten, wie sich die Corona-Krise kurz-, mittel- und langfristig auf die Angebots- und Nachfragesituation der Wohnimmobilienmärkte auswirkt. Übereinstimmung herrschte darüber, dass das Wohnsegment bislang weitestgehend von Einbrüchen verschont geblieben ist und die mittelfristige Entwicklung konjunkturbedingt ist. Dagegen zeichnen sich für andere Asset-Klassen wie Büro und Einzelhandel teils drastische Folgen ab. Beim Wohnungsneubau kommt es vor allem zu Verzögerungen bei Planungs- und Genehmigungsverfahren, die sich unterschiedlich gravierend auf den weiteren Baufortschritt auswirken. In dieser Ausnahmesituation wird erneut deutlich, dass die Wohnungsmärkte durch ein Träg-

heitsmoment gekennzeichnet sind und Effekte auf der Angebots- und Nachfrageseite zeitlich verzögert auftreten.

#### 👤 ANSPRECHPARTNERIN

Kathrin Senner | [k.senner@deutscher-verband.org](mailto:k.senner@deutscher-verband.org)



© Alexas Fotos, pixabay.com

## Jahrestagung erst im Herbst 2020

Die Jahrestagung und die damit einhergehende öffentliche Fachveranstaltung finden aufgrund von Corona nicht am 9./10. Juni 2020 statt. An den Gremiensitzungen von Vorstand und Verbandsrat, die ebenfalls für diesen Termin geplant waren, wurde festgehalten, beide waren allerdings als Videokonferenzen organisiert.

Das ifs Wohnungspolitische Forum am 17. November 2020 dient als „Ersatz“ für die Jahrestagung. In Kombination damit werden wir dann auch die Mitgliederversammlung abhalten, ebenso wie eine weitere Vorstands- bzw. Verbandsratssitzung.

Wir halten Sie auf dem Laufenden.

